



Presseinformation

Nr. 139/2008

Kiel, Montag, 19. Mai 2008

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Günther Hildebrand, MdL

Schulpolitik / Vorschulangebote an Schulen in freier Trägerschaft

Ekkehard Klug: Bildungsministerium versucht Vorschulangebote an Schulen in freier Trägerschaft zu unterdrücken

- „Steinzeitpädagogik“ aus Kiel bundesweit einmalig -

„Das Bildungsministerium versucht, Vorschulangebote an Schulen in freier Trägerschaft zu unterdrücken. Diese obrigkeitliche Gängelung nichtstaatlicher Schulen muss unverzüglich gestoppt werden“. Mit diesen Worten wandte sich heute der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**, gegen das SPD-geführte Kieler Bildungsministerium.

Nach Informationen, die Klug vorliegen, hat das Ministerium unter anderem von der Elmshorner Leibniz-Schule verlangt, den Begriff „Vorschule“ von seinen Internetseiten zu entfernen. Außerdem sei die Schule aufgefordert worden, für das von ihr gewünschte Vorschulangebot zunächst einmal eine Betriebsgenehmigung zu beantragen.

Dem Vernehmen nach sei es dem Ministerium in besonderem Maße ein Dorn im Auge, wenn im Kindergartenalter bereits schulischer Stoff behandelt werde.

„Ich frage die Ministerin Ute Erdsiek-Rave: Will sie ernsthaft das international bewährte Konzept einer Vorschule nicht einmal im Bereich der Privatschulen erlauben?“

Nach meiner Überzeugung wäre es vielmehr sogar höchste Zeit, auch an den staatlichen Grundschulen wieder Vorschulklassen einzuführen - quasi als ‚Bildungsbrücke‘ vom Kindergarten in die Grundschule“.

Weiter meinte Klug: Das Land Schleswig-Holstein trete bundesweit als abschreckendes Beispiel für Steinzeitpädagogik hervor, falls die Landesregierung nicht einmal den Privatschulen Vorschulangebote gestatten wolle.

Anlage: Kleine Anfrage

www.fdp-sh.de



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug (FDP)

und

Antwort

der Landesregierung -

Vorschulklassen an Schulen in freier Trägerschaft

Ich frage die Landesregierung:

1. Trifft es zu, dass das Bildungsministerium in letzter Zeit Einwände gegen das an Schulen in freier Trägerschaft bestehende Angebot an Vorschulklassen und / oder generell gegen den Bestand eines Vorschulangebots im Bereich dieser Schulen in freier Trägerschaft erhoben hat?

2. Falls Frage 1 bejaht wurde:

- a. Wie begründet das Bildungsministerium die von seiner Seite aus erhobenen Einwände?
- b. Was genau wurde seitens des Ministeriums beanstandet?
- c. Welche Maßnahmen bzw. Forderungen sind in diesem Zusammenhang seitens des Ministeriums erhoben worden?
- d. Welche Schulen in freier Trägerschaft sind hiervon betroffen?

3. Welche bildungspolitischen und oder pädagogischen Argumente kann das Bildungsministerium ggf. für seine Einwände gegen Vorschulangebote an Schulen in freier Trägerschaft anführen?

4. Sind der Landesregierung ggf. internationale Bildungsstudien bekannt, aus denen sich fachlich begründete Argumente für oder gegen Vorschulangebote bzw. Vorschulklassen ableiten ließen?

Wenn ja: Um welche Untersuchungen handelt es sich, und worin bestehen ggf. die wesentlichen Ergebnisse dieser Studien im Hinblick auf die angesprochene Frage?

Dr. Ekkehard Klug